154199-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – 2. S-Bahn-Stammstrecke München, Planungs- und Gutachterleistungen Immissionsschutz PFA 1 und 2
OJ S 53/2024 14/03/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)
E-Mail: markus.garbe@deutschebahn.com
Tätigkeit des Auftraggebers: Eisenbahndienste

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: 2. S-Bahn-Stammstrecke München, Planungs- und Gutachterleistungen Immissionsschutz PFA 1 und 2
Beschreibung: 2. S-Bahn-Stammstrecke München, Planungs- und Gutachterleistungen Immissionsschutz PFA 1 und 2 (VE 1074a) Vergeben werden Planungs- und Gutachterleistungen für die Planfeststellungsabschnitte 1 und 2 des Großprojektes 2. S-Bahn-Stammstrecke München sowie die Integrierte Gesamtlösung am Hauptbahnhof München. Der PFA 1 beinhaltet den Abschnitt zwischen Laim und Stachus mit den oberirdischen Bereichen und dem Tunnelabschnitt (Tunnel West) einschließlich der Station Hauptbahnhof. Im Bereich der Station Hauptbahnhof werden zusätzlich zur Station Hauptbahnhof die Vorhaltemaßnahme des neuen Empfangsgebäude (VHM NEG), die Vorhaltemaßnahme der U9 (VHM U9) und die hierzu erforderlichen Zusammenhangsmaßnahmen (ZHM / zZHM) im Rahmen der IGL zusammen betrachtet. Der PFA 2 beinhaltet den Abschnitt zwischen Stachus und Isar mit den oberirdischen Bereichen und dem Tunnelabschnitt (Tunnel West) einschließlich der Station Marienhof. Die Planungs- und Gutachterleistungen betreffen: - Schall- und Erschütterungsschutz - Elektromagnetische Verträglichkeit - Luftschadstoffe - Lichtimmissionen - optional Passive Schallschutzmaßnahmen und Entschädigung (Umsetzung passive Lärmvorsorge).
Kennung des Verfahrens: 273f52ad-f0f6-4e38-9559-84480ece1e53
Interne Kennung: 22FEI59054
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein
Zentrale Elemente des Verfahrens: Wir weisen darauf hin, dass die VO (EU) 2022/576 zur Änderung der VO (EU) Nr. 833/2014 Anwendung findet und Unternehmen, die den Sanktionsmaßnahmen in Art. 5k der VO (EU) 2022/576 unterfallen, aus dem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden. Ab dem 19.04.2017 ist bei Vergaben gemäß SektVO sowie größer 50.000 Euro nur noch die Übermittlung von Angeboten /Teilnahmeanträgen über das Vergabeportal der Deutschen Bahn AG zulässig. Auflistung nach o. g. Reihenfolge in einer Anlage kurz und prägnant zusammengefasst. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Darüber hinaus gehende

Unterlagen sind nicht erwünscht. Alle geforderten Erklärungen/Nachweise sind im Offenen Verfahren mit dem Angebot und bei einem Aufruf zum Teilnahmewettbewerb mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen. Fragen zu den Vergabeunterlagen oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten. Bei Abgabe eines Teilnahmeantrages oder Angebots, in Form einer Bietergemeinschaft, sollten sich die Bietergemeinschaften vorab im Vergabeportal der DB AG registrieren lassen. Die Teilnahme am Verfahren setzt die unveränderte Zusammensetzung der im Teilnehmerwettbewerb zugelassenen Bietergemeinschaften voraus. Der Zusammenschluss der im Teilnehmerwettbewerb zugelassenen Einzelbieter zu Bietergemeinschaften ist nicht zulässig. Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: Wenn der Zuschlag bereits wirksam erteilt worden ist, kann dieser nicht mehr vor der Vergabekammer angegriffen werden (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Der Zuschlag darf erst 10 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Kalendertage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post erteilt werden (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen. Alle geforderten Erklärungen sind zwingend vorzulegen, ein Verweis auf frühere Bewerbungen wird nicht akzeptiert. Für den Nachweis hat der AG den Musterteilnahmeantrag 22FEI59054 zur Verfügung gestellt, das auf dem Vergabeportal der Deutschen Bahn AG: https://bieterportal.noncd.db.de/ heruntergeladen werden kann. Nur diese Informationen werden für die Bieterauswahl berücksichtigt. Es besteht die Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind. Vertreter von Unternehmen, die außerhalb der Landesgrenzen der Bundesrepublik Deutschland ihren Geschäftssitz haben, geben die genannten Erklärungen nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates ab, in dem das Unternehmen ansässig ist. Die Beschaffende Stelle behält sich vor, ohne weitere Verhandlungen auf eines der eingegangenen Angebote den Zuschlag zu erteilen. Im Falle von Verhandlungen erfolgen diese nur mit den Bietern, welche die wirtschaftlichsten Angebote auf Grundlage aller Zuschlagskriterien unterbreitet haben. Für die Teilnahme am Auswahlverfahren ist die Erfüllung sämtlicher nachstehender Eignungskriterien (Mindestanforderungen) vom Bewerber, von den Partnern der Bewerbergemeinschaft bzw. ggf. von den Subunternehmern nachzuweisen. Die geforderten Eignungsnachweise müssen spätestens mit der Abgabe des Teilnahmeantrages vorgelegt werden. Subunternehmer, welche für den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit herangezogen werden, sind im Teilnahmeantrag zu nennen und dürfen während des Vergabeverfahrens nicht ausgetauscht werden. Ein Austausch dieser führt grundsätzlich zum Ausschluss des Bewerbers. Außerdem hat der Bewerber mit der beiliegenden Verpflichtungserklärung schriftlich nachzuweisen, dass er für die gesamte Dauer der Leistungserbringung tatsächlich über die Mittel dieser Subunternehmer zur jeweiligen Leistungserbringung verfügt. Ein Austausch von Subunternehmern, welche zur Erreichung der Eignungsanforderungen herangezogen werden, ist während der gesamten Dauer der

Leistungserbringung grundsätzlich nicht gestattet und nur aus zwingenden Gründen zulässig. Vor dem Austausch von Subunternehmern ist die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Dem schriftlichen Antrag zum Austausch sind zudem sämtliche Eignungsnachweise/Verpflichtungserklärungen aus dem Vergabeverfahren für den jeweiligen Subunternehmer beizulegen. Der Austausch ist nur gegen nach den hiesigen Vorgaben geeignete Subunternehmer zulässig.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: München
Postleitzahl: 80335
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 0,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Vorgesehene Mitarbeiter, welche für den Nachweis der Eignung herangezogen werden, sind im Teilnahmeantrag zu nennen und dürfen während des Vergabeverfahrens nicht ausgetauscht werden. Ein Austausch der Mitarbeiter, welche zur Erreichung der Eignungsanforderungen herangezogen werden, ist während der gesamten Dauer der Leistungserbringung grundsätzlich nicht gestattet und nur aus zwingenden Gründen zulässig. Vor dem Austausch der genannten Mitarbeiter ist die schriftliche Zustimmung des Auftraggebers einzuholen. Dem schriftlichen Antrag sind zudem sämtliche Eignungsnachweise /Verpflichtungserklärungen aus dem Vergabeverfahren für den jeweiligen Mitarbeiter beizulegen. Der Austausch ist nur gegen nach den Vorgaben der hiesigen Teilnahmebedingungen geeignete Mitarbeiter zulässig. Fragen zu den Vergabeunterlagen oder dem Vergabeverfahren sind so rechtzeitig zu stellen, dass dem Auftraggeber unter Berücksichtigung interner Abstimmungsprozesse eine Beantwortung spätestens sechs Tage vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge möglich ist. Der Auftraggeber behält sich vor, nicht rechtzeitig gestellte Fragen gar nicht oder innerhalb von weniger als sechs Tagen vor Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe bzw. zur Einreichung der Teilnahmeanträge zu beantworten.
Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/25/EU
sektvo -

2.1.6. Ausschlussgründe

Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: 2. S-Bahn-Stammstrecke München, Planungs- und Gutachterleistungen Immissionsschutz PFA 1 und 2
Beschreibung: 2. S-Bahn-Stammstrecke München, Planungs- und Gutachterleistungen Immissionsschutz PFA 1 und 2 (VE 1074a) Vergeben werden Planungs- und

Gutachterleistungen für die Planfeststellungsabschnitte 1 und 2 des Großprojektes 2. S-Bahn-Stammstrecke München sowie die Integrierte Gesamtlösung am Hauptbahnhof München. Der PFA 1 beinhaltet den Abschnitt zwischen Laim und Stachus mit den oberirdischen Bereichen und dem Tunnelabschnitt (Tunnel West) einschließlich der Station Hauptbahnhof. Im Bereich der Station Hauptbahnhof werden zusätzlich zur Station Hauptbahnhof die Vorhaltemaßnahme des neuen Empfangsgebäude (VHM NEG), die Vorhaltemaßnahme der U9 (VHM U9) und die hierzu erforderlichen Zusammenhangsmaßnahmen (ZHM / zZHM) im Rahmen der IGL zusammen betrachtet. Der PFA 2 beinhaltet den Abschnitt zwischen Stachus und Isar mit den oberirdischen Bereichen und dem Tunnelabschnitt (Tunnel West) einschließlich der Station Marienhof. Die Planungs- und Gutachterleistungen betreffen: - Schall- und Erschütterungsschutz - Elektromagnetische Verträglichkeit - Luftschadstoffe - Lichtimmissionen - optional Passive Schallschutzmaßnahmen und Entschädigung (Umsetzung passive Lärmvorsorge).
Interne Kennung: f8d82c32-5abc-48d3-9890-efac59ea0533

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der AG beabsichtigt, dem AN bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme ggf. weitere Leistungen (optionale Leistungen) nach Anlage 1 für nachfolgende Objekte im aufgeführten Umfang einzeln oder im Ganzen zu übertragen (Stufe II und III).

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 03/07/2024
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 5
Weitere Informationen zur Verlängerung: - Verlängerungsoption 1, Stufe II IGL: Leistungszeitraum 01.01.2027 – 31.12.2030 - Verlängerungsoption 2, Stufe II: Leistungszeitraum 01.01.2028 – 31.12.2030 - Verlängerungsoption 3, Stufe III IGL: Leistungszeitraum 01.01.2031 – 31.12.2033 - Verlängerungsoption 4, Stufe III: Leistungszeitraum 01.01.2031 – 31.12.2033. Der AN ist verpflichtet, diese Leistungen zu erbringen, wenn sie ihm vom AG spätestens 6 Monate vor Leistungsende der vorherigen Stufe übertragen werden. Die Übertragung erfolgt durch schriftliche Mitteilung des AG. Zusätzlich beabsichtigt der AG, den AN mit nachfolgenden weiteren optionalen Leistungen zu beauftragen: - Mitwirkung und Begleitung der Umsetzung ggf. erforderlicher passiver Schallschutzmaßnahmen und/oder Abwicklung von Entschädigungen Anspruchsberechtigter (gem. Anlage 1, 2.6) Der Abruf der optionalen Leistungen durch den AG erfolgt ebenfalls schriftlich und zwar bis spätestens 4 Wochen vor geplantem Leistungsbeginn. Ein Anspruch auf Abruf/Beauftragung der Verlängerungsoptionen 1-4 oder der optionalen Leistungen besteht nicht. Aus der stufenweisen Übertragung kann der AN keinen Anspruch auf Erhöhung seines Honorars ableiten.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für den Teilnahmeantrag
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:
Art: Eignung zur Berufsausübung
Beschreibung des Eignungskriteriums: https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/a350d650-513a-4fcc-8165-0458574195e0/suitabilitycriteria
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:
Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Beschreibung des Eignungskriteriums: https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/a350d650-513a-4fcc-8165-0458574195e0/suitabilitycriteria - Erklärung, dass der Umsatz für Gutachterleistungen zum Immissionsschutz im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 150.000 € Netto betrug. Bei Bewerbergemeinschaften ist die gemeinsame Gesamtsumme maßgeblich. - Erklärung über die Zahl der bei ihm in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, nach Fachbereichen gegliedert. Geforderte Mindestanzahl an Mitarbeitern in folgenden projektrelevanten Fachbereichen in Klammern. Es können mehrere Fachbereiche von einem Mitarbeiter abgedeckt werden: Staubimmissionen (2); Schallimmissionen (4); Erschütterungsimmissionen (4); EMV, Licht (2). - Geforderte Referenznachweise des Bewerbers: Für Gutachterleistungen sind 2 Referenzprojekte nachzuweisen, die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Teilnahmeantrages abgeschlossen wurden oder seit mindestens 2 Jahren laufen und derzeit noch in Bearbeitung sind. Eine Referenz gilt als vergleichbar, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 1. Art der zu begutachtenden und/oder überwachenden Baustellen mit besonders komplexen Anforderungen hinsichtlich Lufthygiene, Schallimmissions- und Erschütterungsschutz (mind. Überlagerung/Gleichzeitigkeit verschiedener Emissionsarten und verschiedene aneinandergrenzende Schutzwürdigkeiten) und 2. Auftragssumme der Gutachterleistungen netto > 30.000€.
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:
Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit
Beschreibung des Eignungskriteriums: https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/subproject/a350d650-513a-4fcc-8165-0458574195e0/suitabilitycriteria - Geforderte Nachweise über die Qualifikation der vorgesehenen Mitarbeiter mit objektbezogener Eignung. Für folgende Funktionen ist die Qualifikation nachzuweisen: o vorgesehene/r Projektleiter*in Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz; o stellvertretende/r Projektleiter*in Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz; o vorgesehene/r Projektleiter*in Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und Lichtimmissionen; o stellvertretende/r Projektleiter*in Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und

Lichtimmissionen. Lebensläufe haben mindestens folgende Angaben zu enthalten: Name, Geburtsjahr, dzt. Beschäftigung, Sprachkenntnisse, Liste der persönlichen Referenzprojekte innerhalb der nachzuweisenden Berufserfahrung mit Zeitraum der Projektbearbeitung und Funktion. Als Nachweise sind Urkunde und Lebenslauf einzureichen. o Qualifikationsanforderung zum/r Projektleiter*in Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz: 1. Öffentlich bestellte/r und vereidigte/r Sachverständigte/r für Schallimmissionsschutz und 2. Mitarbeiter einer bekannt gegebenen Stelle im Sinne des § 29 b Absatz 1 BImSchG – Der Bescheid über die Bekanntgabe als Messstelle nach § 29 b BImSchG i. V. m. der 41. BImSchV inkl. der dort genannten Personen ist beizulegen und 3. Vertiefte Fachkenntnisse im Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz und 4. Verhandlungssichere Deutschkenntnisse in Wort und Schrift (C1) Geforderte Referenzen: Zwei vergleichbare Leistungen, die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Teilnahmeantrages abgeschlossen wurden oder seit mindestens 2 Jahren laufen und derzeit noch in Bearbeitung sind, in denen er/sie als Projektleiter*in tätig war. Eine Referenz gilt als vergleichbar, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 1. Gutachterliche Tätigkeit in der Schall- und Erschütterungstechnischen Beratung und Planung von Schienen- oder Straßenverkehrsinfrastrukturprojekten 2. Honorarsumme > 30.000 € o Qualifikationsanforderung zum/r stellvertretenden Projektleiter*in Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz: 1. Abgeschlossenes Hochschulstudium im Bereich Naturwissenschaften oder In-genieurwesen, Vertiefte Fachkenntnisse im Bereich Schallimmissions- und Erschütterungsschutz und mehrjährige, mindestens 5-jährige praktische Tätigkeit 2. Mitarbeiter einer bekannt gegebenen Stelle im Sinne des § 29 b Absatz 1 BImSchG – Der Bescheid über die Bekanntgabe als Messstelle nach § 29 b BImSchG i. V. m. der 41. BImSchV inkl. der dort genannten Personen ist beizulegen und 3. Verhandlungssichere Deutschkenntnisse in Wort und Schrift (C1) Geforderte Referenzen: Zwei vergleichbare Leistungen, die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Teilnahmeantrages abgeschlossen wurden oder seit mindestens 2 Jahren laufen und derzeit noch in Bearbeitung sind, in denen er/sie als Projektleiter*in oder stellv. Projektleiter*in tätig war. Eine Referenz gilt als vergleichbar, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 1. Gutachterliche Tätigkeit in der Schall- und Erschütterungstechnischen Beratung und Planung von Schienen- oder Straßenverkehrsinfrastrukturprojekten 2. Honorarsumme > 30.000 € o Qualifikationsanforderung zum/r vorgesehenen Projektleiter*in Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und Lichtimmissionen: 1. Abgeschlossenes Hochschulstudium im Bereich Naturwissenschaften oder Ingenieurwesen. 2. Vertiefte Fachkenntnisse im Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und Lichtimmissionen und 3. Mehrjährige, mindestens 5-jährige praktische Tätigkeit und Nachweis vergleichbarer Gutachtertätigkeiten Geforderte Referenzen: Zwei vergleichbare Leistungen (davon mind. eine im Bereich Lufthygiene), die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Teilnahmeantrages abgeschlossen wurden oder seit mindestens 2 Jahren laufen und derzeit noch in Bearbeitung sind, in denen er/sie gutachterlich tätig war. Eine Referenz gilt als vergleichbar, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 1. Gutachterliche Tätigkeit in der fachspezifischen Beratung von Schienen- oder Straßenverkehrsinfrastrukturprojekten 2. Honorarsumme > 20.000€ o Qualifikationsanforderung zum/r vorgesehenen stellvertretenden Projektleiter*in Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und Lichtimmissionen: 1. Abgeschlossenes Hochschulstudium im Bereich Naturwissenschaften oder Ingenieurwesen. 2. Vertiefte Fachkenntnisse im Bereich elektromagnetische Verträglichkeit, Luftschadstoffe und Lichtimmissionen und 3. Mehrjährige, mindestens 3-jährige praktische Tätigkeit und Nachweis vergleichbarer Gutachtertätigkeiten Geforderte Referenzen: Eine vergleichbare Leistung im Bereich Lufthygiene, die vor dem Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Teilnahmeantrages abgeschlossen wurde oder seit mindestens 2 Jahren läuft und derzeit noch in Bearbeitung ist,

in der er/sie gutachterlich tätig war. Eine Referenz gilt als vergleichbar, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 3. Gutachterliche Tätigkeit in der fachspezifischen Beratung von Schienen- oder Straßenverkehrsinfrastrukturprojekten 4. Honorarsumme > 20.000€
Anwendung dieses Kriteriums: Verwendet
Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen
Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:
Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:
Art: Preis
Bezeichnung: Preis
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 10/04/2024 12:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/a350d650-513a-4fcc-8165-0458574195e0

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:
Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://bieterportal.noncd.db.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/a350d650-513a-4fcc-8165-0458574195e0
Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Gemäß Vergabeunterlagen
Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/04/2024 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 44 Tage
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:
Eröffnungstermin — Beschreibung: Bieter und ihre Bevollmächtigten dürfen bei der Angebotseröffnung nicht anwesend sein.
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: bleibt frei
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Gesamtschuldnerische Haftung aller Gemeinschaftsmitglieder
Finanzielle Vereinbarung: Zahlungsbedingungen gemäß Vergabeunterlagen

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)
TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: DB InfraGO AG – Geschäftsbereich Fahrweg (Bukr 16)
Registrierungsnummer: fb197f94-7578-4673-8a57-4642ae120532
Postanschrift: Adam-Riese-Straße 11-13
Stadt: Frankfurt Main
Postleitzahl: 60327
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
Kontaktperson: FE.EI-S-A
E-Mail: markus.garbe@deutschebahn.com
Telefon: +49 89130872593
Fax: +49 69260913730
Internetadresse: http://www.deutschebahn.com/bieterportal/
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: 0a9ea480-08e4-4ab6-bf12-d722d0ad54b6
Postanschrift: Villemomblerstr. 76
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53123
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 22894990
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 78ded02b-11e5-4662-b7be-f7dc226289b8 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 17
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/03/2024 15:44:29 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 154199-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 53/2024
Datum der Veröffentlichung: 14/03/2024